

Hallo!

In den Händen haltet ihr das zweite Extrablatt! Viel später als gedacht, aber da sind wir wieder! Diesmal mit einem Artikel zu den Protesten in den USA nach der Ermordung von George Floyd. Vielleicht teilt ihr ja manche Sichtweisen, oder auch nicht. Wir wären interessiert an eurer Meinung; Polizeigewalt und Neonazis sind schließlich auch in Deutschland aktuell! Auch haben wir etwas zu den Lochblechen, die in der JVA Hannover an die Zellenfenster installiert werden. Dort gibt es Widerstand dagegen, in anderen JVA's sind die Metallplatten vor den Fenstern schon lange Realität. Wie ist es in dem Knast, in dem ihr gefangen gehalten werdet? Gibt es Platten vor den Fenstern? Wenn ja, wie lange schon und haben sich Gefangene dagegen gewehrt? Und was macht das mit euch? Zu wenig Luft, zu wenig Licht, im Sommer zu heiß? Wie geht ihr damit um?

Auch haben wir einen Beitrag dazu, wie es sich als Migrant*in in Deutschland anfühlt. Das ist natürlich nur ein Gedankengang, aber auch ein sehr aufschlussreicher! Auch im Knast ist Rassismus spürbar und auch institutionell verankert. Über Beiträge dazu würden wir uns freuen! Dieses Thema wird sich auf lange Sicht wohl eher nicht erledigen...

Dazu auch noch ein kurzer Artikel zu einem Vorfall in Köln Porz. Dort hatte ein rassistischer CDU-Politiker am helllichten Tage mit einer scharfen Waffe auf einen jugendlichen geschossen und ihn beinahe getötet. Oh Überraschung, der Schütze wurde erstmal nicht namentlich genannt und es wurde versucht, den (die) Jugendlichen zu diffamieren - Alltag in Deutschland. Am 2. März soll der Prozess gegen den CDU'ler anfangen - wir werden berichten!

Und schon wieder ist Corona auf dem Höhenflug. Der Beitrag einer Angehörigenbeschreibt ihre Erfahrungen von der ersten Weller. Manches hat sich ja seitdem geändert, anderes nicht. In Ossendorf gibt es schlechte Skype-Besuche, in Willich II telefonische Möglichkeiten. Besuche mit Maske und Trennscheibe sind oft zu laut, um sich zu verstehen. Wie ist es bei euch jetzt in der zweiten Welle? Funktionieren die Besuche? Wie werdet ihr behandelt? Halten sich die Beamten an die Distanz und Maskenpflicht? Gibt es Infizierte? Schreibt uns eure Pandemie-Erfahrungen!

Noch ein kleiner Nachtrag. Zum letzten Extrablatt haben uns Antworten zu dem Artikel "Arbeit im Knast" erreicht, über die wir uns sehr gefreut haben! Das Thema bleibt aktuell und in der nächsten Ausgabe wollen wir wieder etwas dazu bringen! So, wir hoffen, dass diese Ausgabe etwas Kurzweil hinter die Mauern bringt und wir auch Feedback kriegen!

In diesem Sinne, bleibt stark! Euer Extrablatt Kollektiv!

Impressum

Gefangenengewerkschaft Soli-Soligruppe c/o Zosamme e.V. Elsaßstr. 34

50677 Köln

Inhalt

- · Black Lives Matter
- · Lochbleche statt Gitter
- Gewalt in Deutschland aus der Sicht einer Migrantin
- Schüsse in Köln-Porz
- Brief einer Angehörigen

Rede zu Black Lives Matter und zur aktuellen Situation

Köln, Keupstraße am 09.06.2020

Am Jahrestag des Nagelbombenanschlages vom 9. Juni 2004 erinnern wir gemeinsam mit Betroffenen aus der Keupstraße und der Probsteigasse, wo 2001 ebenfalls eine Bombe des NSU explodierte, und Vertreter*innen der Initiative 19. Februar aus Hanau an die Opfer rassistischer Gewalt und die Kämpfe gegen Rassismus.

Zu diesem Jahrestag wurden verschiedene, ergreifende und beeindruckende Reden gehalten. Eine davon möchten wir hier für euch abdrucken:

Zunächst möchte ich allen Betroffenen von rassistischer Gewalt Mitgefühl und Anteilnahme ausdrücken, und auch ganz besonders den Angehörigen in ihrer Trauer. Am Wochenende gingen Zehntausende in Köln, Hunderttausende deutschlandweit und weltweit Millionen Menschen gegen Rassismus und rassistische Polizeigewalt auf die Straße.

Wir verurteilen aufs Schärfste die Polizeieinsätze in Hamburg und Berlin und auch überall sonst, wo es Polizeigewalt gab. In Hamburg kam es zu Wasserwerfereinsätzen und es wurde eine große Gruppe von Menschen unrechtmäßig festgenommen, darunter viele Minderjährige, die jüngste Person 13 Jahre jung. Und viele von ihnen durften nicht einmal ihre Eltern anoder zurückrufen. In Berlin gab es Übergriffe auf einige Schwarze Menschen, die bereits am Boden liegend noch mit Hunden attackiert wurden. Die Hunde waren nicht unter der Kontrolle der Polizei.



BLACK LIVES Matter

Auslöser für die Proteste war der Mord an George Floyd, aber auch an Breonna Taylor und so vielen anderen. Der Widerstand gegen die rassistischen Morde der Polizei forderte bereits Menschenleben. David McAtee und James Scurlock stehen nur stellvertretend für die vielen Opfer, die es bereits gab und die noch kommen werden. Die Polizei scheint in den USA noch mehr außer Kontrolle zu sein als sonst; oder es gibt gerade mehr Aufmerksamkeit dafür. Es gibt Berichte von "Drive-Bys", das heißt Polizist*innen, die aus dem Auto heraus auf Demonstrant*innen schießen und die auch erklären, dass die Bezeichnung "Die gefährlichste Gang der Stadt ist die Polizei" nicht von ungefähr kommt. Genauso gibt es Videos wie Polizisten auf Demonstrant*innen losgehen, ihnen die Masken abziehen, während sie friedlich auf dem

Boden sitzen und ihnen aus nächster Nähe im Krieg verbotenes Pfefferspray ins Gesicht sprühen. Auf Twitter wird in den USA davor gewarnt, dass Autos ohne Nummernschilder gezielt in Menschenmengen hineinfahren. Ob mit "they" die Polizei oder Rassist*innen gemeint waren, blieb offen. Beides ist jedenfalls schon passiert, ob es beim Mord an Heather Heyer war oder im Zuge der Aufstände nach dem Mord an George Floyd.

[Nachtrag: Abgesehen von den Cops fuhr zuletzt ein Führer des Ku Klux Klans sein Pick-up in eine Menge friedlich Demonstrierender in Virginia]

Auch die Ausschreitungen vor wenigen Wochen im belgischen Anderlecht und in den Pariser Vororten wurden teils durch das Töten mit Polizeifahrzeugen ausgelöst. Doch zurück in den USA, sehen wir Polizisten, die grinsend in die Kamera das White Power-Zeichen machen. Oder sich unbemerkt dabei filmen lassen, wie sie in Corona-Pandemie-Zeiten mehrfach auf einen gefesselten, am Boden knieenden Gefangenen spucken. Cops, die ihre Bodycams ausschalten und eine Nationalgarde, die Verkehrskameras Richtung Himmel dreht.

Gleichzeitig wird versucht den Protest zu delegitimieren und zu unterwandern! [Nachtrag: und potenzielle Demonstrant*innen werden per Corona-Tracking-App überwacht.]

Erschreckend sind die Parallelen, dass auch hier immer wieder Vergleichbares passiert und Kameras plötzlich zufällig nicht mehr filmen. Es mag zwar immer wieder Momente und Berichte gegeben haben, in denen Cops sich mit niedergekniet haben oder angeblich den Protesten angeschlossen haben. In den allermeisten Fällen folgten darauf aber Berichte von Tränengaseinsätzen der gleichen Truppe, bis hin zur Nutzung von Gummischrot, und scharfer Munition auf teils friedliche Demonstrant*innen.

Genauso wie Berichte über Cops die Wasservorräte zum Augenauswaschen oder Trinken zerstören oder durch anderes ersetzen, um Menschen nachhaltig Schmerzen und gesundheitliche Schäden zuzufügen. Diese Methoden werden ergänzt durch stundenlanges Fesseln und Festhalten und danach ein Aussetzen außerhalb der Städte ohne jeglichen Besitz.

Von der bekannten körperlichen Gewalt ganz zu schweigen! Wenn diese wenigen genannten Dinge auf Twitter zu finden sind, trotz massiver Einschränkung und Repression gegen Presse, wollen wir uns nicht vorstellen, was passiert, wenn keine Kameras da sind. Und was in anderen Ländern von Chile bis Libanon passiert, in denen sich Menschen gegen Polizei und Staat aufgelehnt haben. Dies zeigt nochmal wie wichtig eine internationalistische und solidarische Perspektive ist mit allen Betroffenen von rassistischer Gewalt und allen Aufständischen für ein Leben in Freiheit und Würde.

Es gibt aber auch erfreulichere Berichte aus den USA und anderen Orten des Protests: Zum Beispiel werden Konföderierten-Statuen abgerissen und Markthallen, in denen früher Sklaven versteigert wurden, werden sich angeeignet. In Bristol wurde die Statue eines Sklavenhändlers in einen Fluss geschmissen. Und in Antwerpen wurde die Statue von König Leopold II, der für 10 Millionen Tote im Kongo verantwortlich ist, verbrannt und ihre Reste sind nun auf dem Weg ins Museum. [Nachtrag: Unnötigerweise soll sie dort "restauriert" werden. How is it about Reparations?]

Außerdem hat in Minneapolis der Stadtrat beschlossen die Polizei aufzulösen, "weil sie nicht reformierbar ist". Und die landesweite Forderung "Defund the Police!" - der Polizei die Finanzierung entziehen stößt auf viel Zustimmung. Da Rassismus nicht nur ein Problem in den USA ist, wie wir alle wissen sollten, sollten wir uns genau diesen Ansätzen anschließen und z.B. die Dessauer Wache, die Frankfurter NSU 2.0 Wache oder endlich den Verfassungsschutz auflösen! Nachdem die NSU-Akten herausgegeben wurden!

Genauso wie die Protokolle zum Mord an Oury Jalloh und dem an Amad A. Und auch alle anderen Fälle von rassistischer Polizeigewalt aufklären, von den Morden bis zu den Übergriffen in Essen, Herne und in jeglichen Unterkünften.

Wir haben auch überall Bedarf für mehr Geld: Von den Krankenhäusern bis zu den Kindergärten. Wir brauchen keine Hightech-Kameras, die unsere Grundrechte einschränken und auch immer die gleichen kriminalisieren, während in Dortmund-Dorstfeld, einer Nazihochburgstraße mit deutschlandweit vernetzten und organisierten Faschos + Versandhandel, ein Gericht die Kameraüberwachung ablehnt. Wir brauchen keine Taser für die Polizei in NRW und auch nirgendwo sonst und genausowenig Blendgranaten

oder neue, "bessere" Ausrüstung, wie die Polizeigewerkschaften oft fordern. Wir brauchen mehr Geld für Bildung, soziale Zentren, Antirassismus-Trainings und eine angemessene Entschädigung für Opfer und Betroffene und deren Angehörige von rechter Gewalt, sowie Polizeigewalt!

Dies passiert aber nicht und wir müssen permanent davon hören, dass die gesamte Ausrüstung nur in Nazi-Terror-Netzwerken und -Zellen landet wie z.B. die 12.000 Schuss Munition aus Polizeibeständen aus Kiel (Polizei), Lübberstedt (BW), Schwerin (BW und Polizei), Gustrow, Berlin (LKA), Potsdam (LKA), Wulfen (BW), Duisburg (SEKs), Sankt Augustin (Verdachtsfall: GSG9), Erfurt (LKA), Dresden (Polizei), Dachau (USK) und München (USK).

Und das Innenministerium ist nicht mal richtig daran interessiert aufzuklären, woher die Munition denn schlussendlich genau kommt, weil dies zu aufwändig sei. Wir brauchen auch keine Wasserschutzpolizisten, die bei Frontex waren, um Migrationsabwehr zu betreiben und ebenfalls Teil dieser rechten Terrorgruppen sind. Wir brauchen kein Frontex, was im Zuge von Seehofers neuen Plänen jetzt aufgerüstet werden soll, während die Seenotrettung verboten bleibt.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass es sowohl die vielen, vielen vermeintlichen "Einzeltäter" sind, die immer wieder aus rassistischen Motiven morden, als auch staatliche Institutionen. Institutionen, welche Menschen, die Fackeln auf eine Romn*ja-Familie werfen aus der U-Haft entlassen, weil sie kein rassistisches Motiv erkennen können!

[Nachtrag & Korrektur:] Die Täter wurden aus der U-Haft entlassen, da bei dem versuchten Brandanschlag auf den Wohnwagen, in dem eine Mutter mit ihrem 9 Monate alten Kind schlief 'von keinem Mordverdacht ausgegangen wurde, sondern nur von gemeinschaftlicher Nötigung. Auch wenn es im Vorfeld schon zu Angriffen und Drohungen kam. Rassistische Motive und Parolen sowie Hitlergruß-fotos der Täter werden im Prozess berücksichtigt.]

Der US-amerikanische Staat hat in den letzten Tagen vielen Menschen das Leben genommen. Der deutsche Staat und Europa nehmen ebenfalls Leben, ob durch Waffenexporte oder die Abschottung der Festung Europa. Einzeltäter und Supremisten [Anm.: Anhänger der Ideologie, dass weiße Menschen "höherwertig" sein] beteiligen sich daran, ob in den USA oder in Deutschland.

Am frühen Samstagmorgen wurde in Saarbrücken ein Student aus Gambia mit den Worten "Ich töte dich, weil du Schwarz bist" zu Boden geschlagen und mit einem Messer angegriffen. Er überlebte. Dies ist oft nicht der Fall. Übermorgen am 11.06. wird in Dessau Alberto Adriano gedacht, der dort vor 20 Jahren von Nazis zu Tode geprügelt wurde. Vor wenigen Wochen jährte sich der Brandanschlag in Solingen. Es vergeht fast kein Tag, an dem

wir nicht Gedenken müssen oder müssten und auch keiner, an dem uns keine neuen Schreckensnachrichten erreichen. Dies muss endlich aufhören!

- Kein Schlussstrich, was die Aufklärung von rechtem Terror angeht!
- Dafür aber ein Ende der Billigung und staatlichen Unterstützung von rechtsextremen Terrornetzwerken!
- Für ein gutes Leben in Würde und auf Augenhöhe für alle!
- Und zwar sofort!

Ich fasse noch einmal in einem Satz zusammen: Die Institution, die unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung verteidigen soll, bricht sie oft ohne Konsequenzen und hindert gleichzeitig uns oft daran zu trauern oder für ein Leben in Freiheit und Würde einzutreten.

Dann unterstützt sie oft Nazis dabei, uns und unsere Brüder und Schwestern zu ermorden und oft ist sie auch selbst mit daran beteiligt. Bis das nicht aufhört, werden wir keine Ruhe geben und keinen Frieden!

#NoJusticeNoPeace!

#BlackLivesMatter!

#KeinVergebenKeinVergessen!

Hinterm Lochblech

JVA Hannover, Niedersachsen

In der JVA Hannover werden die Gitter durch Lochbleche vor den Fenstern ersetzt. Dies geht aus einem Artikel der "taz" vom 24.6.2020 hervor.

Die alten Zellenfenster in der JVA Hannover, die sich komplett öffnen ließen, werden nach einer Vorschrift aus dem Jahr 2018 der Niedersächsischen Justiz durch Lochbleche ersetzt. Hierzu werden die Fenster zweigeteilt. Durch die eine Seite können die Gefangenen noch hindurchsehen, das Fenster aber nicht mehr öffnen. Die andere Seite, die geöffnet werden kann, wird mit einem Lochblech versehen.

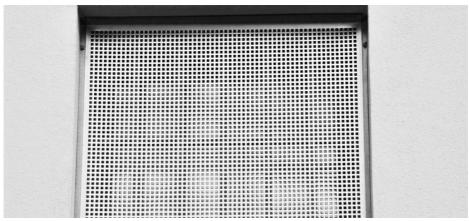
Der Grund für diese neue Baumaßnahme ist, dass das sog. "Pendeln" verhindert werden soll. Also beispielsweise das Austauschen von Nachrichten oder Drogen zwischen zwei Zellenfenstern. Auch Drohnenanflüge an Haftraumfenster sollen unmöglich gemacht werden.

"Die Justiz hat offensichtlich Wahnvorstellungen, was die Versorgung von Drogen im Knast betrifft", schreibt ein Gefangener. Auch könne man damit verhindern, dass die Gefangenen Essen auf den Hof werfen, argumentiert die JVA Hannover.

Die Verkleinerung der Fenster führt dazu, dass sich die Zellen im Sommer stark aufheizen. Richtiges Durchlüften ist nicht mehr möglich. Ein Gefangener hierzu:

"Die alten Panoramafenster werden durch zweiteilige ersetzt, ein Flügel wird nur zur Hälfte zu öffnen sein, hinter der zweiten Hälfte blickt man auf eine perforierte quadratische ausgestanzte Edelstahlplatte von 20 x 20 mm von 3mm Stärke, faktisch findet keinerlei Luftaustausch mehr statt, da besonders im Sommer eine erhebliche Anstrahlung durch die aufgeheizte Edelstahlplatte besteht."

Diese neuen Fenstersysteme sind ein Angriff auf die Gesundheit der Gefangenen. Nicht nur physisch sondern auch psy-



chisch. Im Sommer wird es in den Zellen schon mal 30 Grad und es gibt keine Ventilatoren. Wenn die Lochbleche vor den Fenstern bleiben, haben einige Gefangene das Gefühl, "gegrillt" zu werden. Dies wird vor allem für Langzeitgefangene fatale Folgen haben.

Doch es gibt auch widerständige Gefangene. Nicht alle spielen dieses Spiel tatenlos mit oder werden zu "Marionetten der Justiz" wie ein Gefangener aus Hannover berichtet.

Erst wandte er sich an das Zuständige Staatliche Baumanagement und arbeitete sich dann bis zum Landtag durch. Laut dem Gefangenen, mit dem das Extrablatt in Kontakt steht, hat bereits 2018 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass eine vergleichbare Baumaßnahme in der JVA Offenbach in Baden Württemberg nicht zulässig ist (BVerfG, 16.08.2017 - 2 BvR 336/16). Die JVA Hannover baut trotzdem weiter. Der Grund dafür ist, dass Baustillstandskosten vermieden werden sollen. Dies geht aus einer kleinen Anfrage zweier Abgeordneter der FDP an das Justizministerium in Niedersachsen hervor. Die Anfrage ergab weiterhin, dass die Landesregierung eine Durchlüftung der Zellen durch das Öffnen der Zellentür während der Aufschlusszeiten und des Fensters ohne Feinvergitterung für die nur die Schließer einen Schlüssel haben, für ausreichend hält. Eine Begutachtung über das Aufheizen der Zellen durch direkte Sonneneinstrahlung wurde gar nicht erst durchgeführt. Lediglich der Lichteinfall und die Luftzufuhr wurden vor der Baugenehmigung durch den TÜV Nord im Jahre 2002 geprüft und es wurden keine Beanstandungen festgestellt.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Gesundheit von gefangenen Menschen vom Justizministerium wenig Stellenwert beigemessen wird.

Bleibt widerständig uns solidarisiert euch mit ebensolchen Gefangenen. Gibt es in eurer JVA auch Bestrebungen die Gitter durch Lochbleche zu ersetzen? Schreibt uns. Wir freuen uns über jede Post.

Gewalt in Deutschland aus der Sicht einer Migrantin

Ich will mit diesem Artikel keine Zusammenstellung der Gewalt der extremen Rechten in Deutschland machen. Leider gibt es so viel, dass ich mich in den Daten verlieren würde. Ich habe nur die Absicht, als Migrantin in diesem Land meine persönliche Wahrnehmung dessen zu reflektieren, was ich sehe, seit ich hier lebe und was selten diese Grenzen verlässt.

Ich komme aus einem Land, in dem man sich, wie in vielen anderen auch, mit dem Namen Deutschland auf zwei Dinge bezieht. Das erste ist der Schrecken, den der Nationalsozialismus verursacht hat, immer verbunden mit der Vorstellung, dass die Deutschen selbst in der Grausamkeit, die Besten sind. Die zweite ist: Wie konnten sie nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergeboren werden und das Land wieder aufbauen. An dieser Stelle erwähnt natürlich niemand, dass es tatsächlich ausländische Arbeiter waren, die diesen Wiederaufbau durchführten, da die deutsche Arbeiterschaft durch Tod und Verstümmelung infolge des Krieges dezimiert wurde.

Mich persönlich hat immer interessiert, wie sich dieser Wandel nach dem Krieg vollzogen hat, was mit all den Nazis geschah, deren Namen nicht wichtig genug waren, um in Nürnberg vor Gericht gestellt zu werden. Was geschah mit all denjenigen, die in andere Länder flohen, immer noch geschützt durch Mächte, die, obwohl sie keine öffentlichen politischen Ämter mehr innehatten (obwohl sie es manchmal taten), immer noch ihre Kontakte und ihre wirtschaftliche Macht nutzen konnten?

Ich habe hier und da nach Leuten gefragt, die diesen Prozess gelebt haben. Viele waren passive Zeugen und viele andere versuchten, aktiv anzuprangern, dass viele Nazis die Macht immer noch im Schatten hielten. Das war die deutsche Linke, die in den 60er und 70er Jahren in der Lage war, die Gewalt der Ultrarechten irgendwie einzudämmen. Es waren Zeiten der Diskussion und Massenprotestdemonstrationen.

Zu Beginn der 1980er Jahre gab es einen qualitativen Sprung in der Gewalt der Ultrarechten, und zwar mit dem Anschlag in München, auf das Oktoberfest. Der Staat erklärte daraufhin die Einzeltäter-Theorie. Diesem Angriff, bei dem 13 Menschen ums Leben kamen, folgte der Angriff auf die Vietnamesen in Hamburg, und der Staat reagierte immer noch nicht.

Mit der Maueröffnung 1989 verbesserte sich das Bild Deutschlands in der Welt, wieder und das des Nationalsozialisches Deutschland mit seinen Folgen wurde zur Seite geschoben. Im September 1991 fanden in Hoyerswerda mehrere Angriffe auf ein Wohnheim für Vertragsarbeiter und ein Wohnheim für Flüchtlinge statt. Irgendwann nahmen bis zu 500 Menschen an den Angriffen teil.

Mit der Vereinigung 1992 konnten sich die Nationalsozialisten in Ost und West frei treffen, obwohl sie immer in Kontakt standen und über eigene Netzwerke verfügten. In diesem Jahr kam es zu einer Einschränkung des Asylrechts, und wieder gab es viele Angriffe von Rechtsextremen in Mölln, ein Brandanschlag, in Solingen griffen sie türkische Familien an, im August 1992 gab es in Lichtenhagen (ehemals DDR) den bisher größten Anschlag nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem so genannten Rostocker Pogrom war ein vietnamesisches Flüchtlingszentrum das Ziel. Die Fotos und Videos des Angriffs zeigen, wie bis zu dreitausend Menschen den Nazis zujubelten. Die Polizei reagierte darauf mit dem Rückzug und ließ das Gebäude mit den Menschen darin brennen.

Im selben Jahr 1992 kam mit 540.000 Personen das bisher größte Flüchtlingskontingent nach Deutschland. Diese Tatsache wurde von der extremen Rechten genutzt, um Panikkampagnen für die deutsche Be-

völkerung durchzuführen, Kampagnen, die von vielen Medien unterstützt wurden und sich auf den Asylbedrug stützten. Und ja, sie hatten Erfolg, denn zwischen 1991 und 1993 war die Ankunft von Flüchtlingen der erste Grund zur Sorge für die deutsche Bevölkerung.

Das Asylrecht wurde im deutschen Grundgesetz verändert und Nachkommen deutscher Einwanderer begannen nach Deutschland zu kommen, Geflüchtete aus dem Krieg in Jugoslawien... Angriffe der extremen Rechten zusammen mit den Kampagnen der Ideologen der Angreifer*innen, zusammen mit der Mitarbeit einiger Medien, veranlassten einige politische Parteien, Einschränkungen des Asylrechts zu fordern.

Als Nicht-Deutsche bin ich überrascht, dass dies die Reaktion des Staates war. Wenn heute alle Einwanderer und ihre Nachkommen das Land verlassen würden, würde Deutschland zusammenbrechen. Es sind die Einwanderer, die es möglich gemacht haben, dass beispielsweise die Renten seit Jahrzehnten existieren.

Die Antwort auf die Gewalt der Rechtsextremen hätte (nach dem deutschen Rechtssystem) darin bestehen müssen, die Angreifer aufzuspüren, zu fassen und zu bestrafen. Aber nein, die Antwort war die Beschneidung der Rechte der Opfer. Und Deutschland hat immer noch nicht erkannt, dass die Rechtsextremen Netzwerke haben und organisiert sind, nicht zuletzt, weil sie eine gewisse soziale Unterstützung haben.

1998 gingen Rechtsextreme in den Untergrund und gründeten 1999 die NSU

(Nationalsozialister Untergrund). 2000 begannen sie zu morden, 2004 wurde der Anschlag auf die Keupstraße mit einer Nagelbombe verübt, um möglichst viel Schaden anzurichten. Die Polizei hat die türkische Mafia als verantwortlich identifiziert. Die Familien hingegen behaupteten, es sei der ultrarechte Flügel gewesen, aber sie wurden nicht angehört.

Im Jahr 2011 wurde mit der Entdeckung von NSU-Material in eines brennenden Wohnmobils die Existenz dieser bewaffneten rechtsextremen Gruppe und ihre Verantwortung für diesen Angriff aufgedeckt. Das Unglaubliche ist, dass bei der Anzahl und der Sterblichkeit dieser Angriffe die deutsche Polizei und die Geheimdienste weiter tönten, dass es das Problem der rechtsextremen Gewalt nicht gäbe.

Nach dieser Entdeckung, die den Verdacht, den viele Menschen hatten, nur bestätigte, fragten sich viele Menschen: Wer schützt, wie macht er das, und seit wann werden diese Menschen zum ersten Mal als rechtsextreme Terroristen bezeichnet?

Dort schließlich begann die Frage für den deutschen Staat unbequem zu werden. 2011 wird die erste Solidaritätskundgebung mit der Keupstraße stattfinden. Die Selbstkritik der deutschen Linken war klar: Wir haben den Familien nicht geglaubt, wir haben nicht mit ihnen gesprochen, wir haben sie allein gelassen. Dies war der Vorwurf eines der Opfer und sie hatte völlig Recht. Aber die deutsche Linke hat sich in dieser Hinsicht verbessert, sie ist jetzt besser geworden, zum Beispiel in Hanau. Sie geht direkt an die Opfer, an die Angehörigen, und obwohl der Schmerz individuell ist, ist die Wut kollektiv.

Die Gewalt nimmt bei weitem nicht ab ... und kehrt auf das Gewaltniveau des ultrarechten Flügels der 90er Jahre zurück ...

Wie ich eingangs sagte, kann ich nicht alle Angriffe und alle Opfer nennen, aber ich werde die relevantesten nach der Anzahl der Opfer oder nach ihrer symbolischen Bedeutung benennen.

Am 2. Juni 2019 wurde der CDU-Politiker Walter Lübcke in seinem Haus mit einer Kugel im Kopf ermordet. Es ist der erste Mord an einem Politiker seit der Nazizeit.

Im Oktober 2020 wird am Jom-Kippur-Tag eine Synagoge in Halle angegriffen, was 2 Tote und mehrere Verletzte zur Folge hat. Der Täter ist ein 27-jähriger deutscher Rechtsextremist.

Am 20. Februar 2020 kommt es in Hanau zu einem Anschlag, bei dem ebenfalls 9 Menschen ausländischer Herkunft von einem rechtsextremen Deutschen getötet werden.

Nach Angaben des VBRG (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) gibt es heute in Deutschland durchschnittlich 5 rassistische Übergriffe pro Tag. Da ich weiß, dass die meisten Angriffe aus Angst nicht gemeldet werden, würde es mich nicht wundern, wenn es doppelt so viele wären. Selbst die deutsche Regierung erkennt bereits an, dass rechtsextreme Gewalt für das Land gefährlicher ist als jede andere Art von Gewalt, was die Zahl der Aktionen und die Zahl der Opfer betrifft.

Um das klassische Beispiel des radikalen Islamismus zum Vergleich heranzuziehen: In Deutschland gibt es (nach Angaben des Staates) 650 mutmaßliche radikale Islamisten. Und wie viele Rechtsextremisten? Offizielle Zahlen sprechen von 31.000, fast die Hälfte davon gewalttätig. Wir sprechen



von 13.000 Personen, die Gewalt nicht nur rechtfertigen, sondern sie auch praktizieren, und zwar gegen Ausländer, Obdachlose, LGBT, Linke und gegen diejenigen, die sie als politische Gegner betrachten.

Und die Sicherheitskräfte sind auf dem rechten Auge blind. Und deshalb ist der deutsche Innenminister gebeten worden, eine Studie über das Ausmaß rassistischer Tendenzen in der Polizei durchzuführen. Er hat dies mit der Begründung abgelehnt, dass das Ergebnis dieser Studie ihn stigmatisieren könnte. Und ich frage ihn: Hey Sir! Meinen Sie das ernst oder machen Sie Witze? Was ist mit all diesen Gruppen, die bereits stigmatisiert sind und geschlagen und getötet werden? Sind sie nicht wichtig?

Was ich als Migrantin hier in Deutschland erlebt habe, war hart, dieser tägliche Mikrorassismus, wenn man in der Schlange im Supermarkt steht und ein Deutscher hereinkommt, und da man sich in seiner Sprache nicht gut erklären kann oder laut ihm einen seltsamen Akzent hat, scheint es, dass man nicht das Recht hat, dass seine Position in der Schlange respektiert wird.

Oder wenn Sie einkaufen gehen und der Ladenbesitzer zuerst einen Deutschen bedient, obwohl er nach Ihnen angekommen ist. Ich sage nicht, dass alle Deutschen überhaupt so sind, die meisten sind es nicht, und ich habe das Glück, gute deutsche Freunde zu haben.

Das Schwierige an dieser Erfahrung ist, dass für mich nicht wichtig ist, was ein dummer Rassist sagt, wichtig ist, dass sich ihm niemand entgegenstellt, das Problem

ist, dass die Person, die nach mir angekommen ist, dem Ladenbesitzer nicht sagt: "Sie ist zuerst angekommen". Und dieser routinemäßige Rassismus niedriger Intensität ist der Keim, der zur Normalisierung zuerst des Rassismus und dann der rassistischen Gewalt führt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer deutlich machen, dass es sich um rassistische Haltungen handelt, dass wir nicht schweigen, auch wenn ich in meiner eigenen Haut erfahren habe, wie schwierig das ist, mit der Sprache zu beginnen, die schwer zu lernen und zu befolgen ist, weil natürlich niemand zugibt, dass er rassistische Haltungen hat.

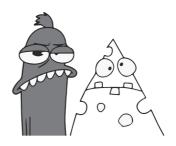
Und bei jedem Angriff sind wir schockiert, wir kritisieren jeden Angriff, aber wir müssen lernen, ihn in einen Zusammenhang zu stellen. Was geht hier vor? Warum wundern wir uns, dass sie sogar Politiker ermorden, wenn sie bereits die Kölner Oberbürgermeisterin mit dem Messer angegriffen haben und einige Bürgermeister von Kleinstädten ihre Ämter aufgrund von Drohungen der extremen Rechten verlassen mussten? Es ist eine Eskalation.

Und jetzt sind sie im Parlament, im Fernsehen...

Mit der Coronavirus-Pandemie haben sie die Möglichkeit gesehen, sich mit anderen Gruppen, wie den Verleugnern, zu vermischen und massenhaft auf die Straßen zu gehen, was ein Bild der Stärke vermittelt. Sie suchen nach symbolischen Bildern wie dem angeblichen Angriff auf den Reichstag, bei dem sie ungestraft Fahnen schwenken und Slogans mit Nazi-Erinnerungen verwenden.

Wenn ich es sehe, was ich nicht von hier bin, sehen es dann nicht diejenigen, die die Gewalt kontrollieren sollen? Ja, natürlich war die Verurteilung dieser Taten öffentlich, aber es besteht die Gefahr, dass der ultrarechte Flügel, der bei dieser Art von symbolischen Vorfällen eine größere Rolle spielt, die öffentliche Meinung daran gewöhnt, und selbst die Kritik von Politikern wird immer seltener.

Und so breitet sich in Deutschland wie in Spanien immer mehr der Diskurs aus, dass sich die Politiker nicht mit den wirklichen Problemen der Bürger befassen und ihre Alternative als die einzige darstellen. Seit 2017 ist Afd die größte Fraktion der Opposition, und sie sitzt im Parlament. Aber dort widmen sie sich nicht der Lösung der Probleme des einfachen Bürgers, sondern der Verbreitung ihres rassistischen Diskurses, den sie nicht mehr zu verbergen suchen, weil sie es nicht mehr müssen. Irgendwie hat man ihnen, indem man sie offen demonstrieren lässt, nachdem man ihrem bewaffneten Arm jahrelang erlaubt hat, ungestraft zu handeln, gesagt, dass sie dies tun können.



Es wird sich nichts ändern, wenn sich nichts ändert. Und der Wandel muss auf allen Ebenen stattfinden: in der alltäglichen Auseinandersetzung mit dem Mikrorassismus.

Auf politischer Ebene, mit energischen Reaktionen, die rassistische Taten nicht umsonst, sondern teuer bezahlen lassen, denn es ist klar, dass in einem Klima der Straflosigkeit der Ultrarechten ihre Opfer nicht denunzieren. Und für all das sind nicht nur die Politiker verantwortlich, sondern auch der Teil der Gesellschaft, der nicht reagiert.

Denen von Ihnen, die nichts tun, sage ich: Wenn Sie einem Monster Nahrung geben, wird es Sie eines Tages fressen!

Schüsse in Köln-Porz

"Haut ab ihr scheiß Kanacken, ihr Dreckspack." Mit diesen Worten hatte der Porzer CDU Lokalpolitiker Hans-Josef Bähner in der Nacht auf den 30. Dezember 2019 feiernde (migrantische) Jugendliche vor seinem Haus in Köln-Porz beschimpft und

anschließend einen von ihnen niedergeschossen.

Das schwer verletzte Opfer – der Jugendliche Krys erinnert sich, Bähner habe sie explizit aufgefordert, über seine Gartenmauer zu kommen, damit er einen Grund habe zu schießen.

Dem ist keiner der Jugendlichen nachgekommen. Bähner hat Krys dann trotzdem mit seinem Revolver die Schulter durchschossen. Die Kugel trat am Oberarm wieder aus – reines Glück, dass keine Hauptschlagader getroffen wurde. Krys ist bis heute in Behandlung. Doch ein versuchtes Tötungsdelikt wurde weder von den Behörden, noch den lokalen Medien gesehen, die Anklage lautete von Anfang an "nur" gefährliche Körperverletzung.

Früh gab es Hinweise auf ein rassistisches Motiv des Schützen. Auf seiner Facebook-Seite schreibt Bähner von "linksfaschistischen Studenten", als diese einen Protest gegen den rechten Polizeigewerkschafter Rainer Wendt ankündigten. Auch teilte er dort Fahndungsaufrufe der Polizei gegen Migrant*innen. Einen Artikel über die Kürzung von Nahrungsmittelrationen für Flüchtlinge in Kenia kommentierte er mit den Worten "Auslöser 2015, Auslöser

2018, Bilderberger lassen grüßen." Bei der AfD-Frontfrau Alice Weidel hinterlässt er ein "like".

Bähner kam wegen fehlender Fluchtgefahr nicht in Untersuchungshaft. Die Kölner Lokalpresse verschweigt eine Woche lang seinen Namen. Erst Ende Januar trennt sich die CDU-Fraktion von ihm. Bähner selbst spricht von einer "Hatz" auf ihn.

Ende Mai hatte die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen ihn erhoben: ihm werden gefährliche Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Beleidigung vorgeworfen. Eine Tötungsabsicht wird ihm nicht unterstellt, da er keinen zweiten Schuss abgegebn habe - interessante Argumentation!

Der Prozessauftakt steht nun fest: 2. März 2021. Verteidigen werden ihn zum Einen der bundesweit bekannte rechte Medienanwalt *Ralf Höcker*. Höcker war lange Zeit Sprecher der Werteunion - der Rechtsaußen-Fraktion der CDU. In seiner Kanzlei in der Kölner In-

nenstadt arbeitet auch Ex-Verfassungs-schutz-Präsident und jetziges Werteunion-Mitglied Hans-Georg Maaßen. Am 8. Mai dieses Jahres bekam die prominente Kanzlei bereits unerwarteten Büro-Besuch von Antifaschist*innen im Rahmen des #Migrantifa Aktionstages "Entnazifizierung Jetzt!".

Ungewöhnlicher war eher die Wahl seines zweiten Verteidigers: der ehemalige Antifaschist der Göttinger Antifa Daniel Wölky. Wölky ist seit 2017 Sprecher des Strafrechtsausschusses im Kölner Anwaltverein e.V. und hat seit diesem Jahr eine eigene Kanzlei in Köln. Wölky gilt als unsympathisch, aber durchsetzungsstark. Das Kalkül von Bähner ist klar: Allein die Wahl eines "linken Szene-Anwalts" zu seinem Verteidiger, soll seine offenkundig rassistische Gesinnung vor Gericht verde-

cken. Wir wissen nicht, wer Wölky eine Ansage gemacht hat, aber Fakt ist er hat im August das Mandat wieder niedergelegt.

Solange er sich jedoch nicht öffentlich und politisch eindeutig zu seinem "Fehler" äußert, dürfte es mit weiteren Mandant*in-

nen aus dem linken Spektrum vorbei sein. Auch das Feierabendbier trinkt er nicht mehr mit "Freunden" im Autonomen Zentrum - hier ist er seit dem Fall Bähner unerwünscht.

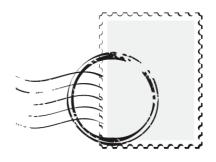
Brief einer Angehörigen

Die Einschränkungen während der Corona Krise sind für uns alle nicht einfach. Das 14-wöchige Besuchsverbot war besonders schlimm. Die Situation war psychisch sehr belastend. Ebenso die Ungewissheit, wie lange das Besuchsverbot andauern wird.

Hinzu kommt der raue Ton und teilweise unangemessene Umgang. Welche die sowieso schon angespannte, bedrückende Gemütsstimmung noch unnötigerweise zusätzlich verschärft.

Umso wichtiger ist daher der regelmäßige Besuch von liebenden Menschen. Weder die JVA, das Justizministerium noch der Bürgerservice (Infotelefon der Bundesregierung) konnten genauer Informationen über die Aufhebung des Besuchsverbots geben. Sie verwiesen jeweils zur anderen Stelle. Teilweise sehr genervt und unfreundlich.

Und selbst als es bereits Lockerungen gab, galten diese nicht für die JVA. Besuche im Altenheim waren mit Einschränkungen wieder erlaubt. In den JVAs nicht.



Wieder gab es keine Informationen, keine Antwort. Auch im Netz konnte ich nichts finden. Sind Gefangene nicht auch wichtig? Das macht mich sehr traurig. Unterstützung und tröstende, liebe Worte bekam ich ausschließlich von der GGBO. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle dafür.

Endlich ist Besuch wieder erlaubt. Allerdings erschweren Mundschutz und Trennwand die Unterhaltung ein wenig. Die Stimmung und das Wohlbefinden haben sich auf jeden Fall verbessert. Bleibt gesund!

- Eine Angehörige -

